



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 17. Oktober 2016

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Aleppo wird weiter bombardiert.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/aleppo-russland-kuendigt-kurze-feuerpause-an-a-1117032.html> (17.10.16)
- Zur Stunde läuft eine Operation der irakischen Armee, um die vom IS beherrschte Stadt Mossul zurückzuerobern. Das Norwegian Refugee Council fordert, dass Fluchtrouten für die Menschen in der Stadt eingerichtet werden. Das UNHCR rechnet mit einer Million Fliehenden aus der 1,5 Millionen Einwohner*innen starken Stadt.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/kampf-um-mossul-norwegian-refugee-council-befuerchtete-folgen-fuer-zivilisten-a-1116904.html> (17.10.16)
- Wieder steht das aus Australien ausgelagerten Geflüchtetenlager auf Nauru in der Kritik. Amnesty International schreibt, dort werde bewusst so viel Leid wie möglich, bis hin zur Folter, verursacht, um Menschen vom Fliehen abzuhalten. Der Bericht der NGO basiert auf Interviews mit mehr als einhundert Geflüchteten und Mitarbeiter*innen des Lagers.
http://www.deutschlandfunk.de/nauru-amnesty-prangert-zustaende-in-australischem.447.de.html?drn:news_id=667794 (17.10.16)
- 1.200 von 10.000 Geflüchteten, die in Calais lagern, sind minderjährig. 25 von ihnen dürfen nun nach Großbritannien, da sie dort Verwandte haben. Frankreich plant nach wie vor, das Lager bald zu räumen.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-10/calais-grossbritannien-25-unbegleitete-fluechtlinge-ausreise> (16.10.16)
- Fliehende, die in Italien ankommen, bleiben inzwischen oftmals in dem Land. Der Weg nach Norden sei erheblich erschwert worden, zudem greife durch die nun umfassende Registrierung der Geflüchteten durch italienische Behörden das Dublin-System im Sinne der Erfinder*innen. In diesem Jahr kamen bereits 138.000 Geflüchtete an, Deutschland versprach 500 pro Monat aufzunehmen. Italien beklagt mangelnde Solidarität unter den EU-Mitgliedsstaaten.
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/ausland/fluechtlinge-italien-100.html> (10.10.16)
- Der designierte UN-Generalsekretär (ab Januar kommenden Jahres) und frühere UN-Flüchtlingskommissar António Guterres spricht sich dafür aus, Geflüchtete weltweit zu verteilen. Vor allem die Länder Amerikas sowie Australien seien hier in der Pflicht um den

Libanon, die Türkei und Jordanien zu entlasten.

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/un-generalsekretaer-antonio-guterres-weltweite-verteilung-fluechtlinge> (15.10.16)

- Bundeskanzlerin Angela Merkel war in Äthiopien, Mali und Niger weil diese Staaten plötzlich interessant sind – schließlich nutzen Fliehende sie als Transitländer und/ oder sie sind Zielländer und/ oder sie sind potentielle Herkunftsländer. Merkel verspricht mehr Gelder aus der, wie sie sagt, „Entwicklungshilfe“. Das politische System Äthiopiens zeigt inzwischen autoritäre Züge, 500 Menschen sollen in den vergangenen Tagen durch die Polizei bei Demonstrationen getötet worden sein. Dennoch möchte Merkel, dass die Staaten gegen Schlepper*innen vorgehen und dass die dortigen Polizist*innen von deutschen Kolleg*innen ausgebildet werden. Das vorgegebene Ziel Merkels ist es, dass der Lebensstandard in den Ländern steigt und die politischen Systeme stabil bleiben.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingskrise-merkel-in-afrika-geld-gegen-grenzen-1.3200206> (11.10.16)

Bund, Land, Kommune

- Wieder stehen Asylrechtsverschärfungen an, zumindest plant das Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Abschiebehaft soll künftig 14 Tage lang möglich sein, nicht wie bisher maximal vier. Sogenannte „Gefährder*innen“ sowie rechtskräftig Verurteilte sollen künftig ebenso in Abschiebegefängnissen inhaftiert werden können. Weiterhin sollen Menschen, denen die Botschaft ihres Landes die Ausstellung von Papieren verweigert oder generell keine Rückkehrenden aufnimmt – Geflüchtete also, die nichts für diese Situation können – vollziehbar ausreisepflichtig sein, d.h. sie werden von Abschiebung bedroht sein. Mit dieser „Duldung“ haben die Geflüchteten weder die Chance, irgendwann noch einen Aufenthaltstitel oder auch Zugang zu Integrationskursen und Bildungseinrichtungen zu erhalten. PRO ASYL kritisiert das Vorhaben als „inhuman“, der Deutsche Anwaltverein sieht es als „absurd“ an, das Verhalten des Herkunftslandes Geflüchteten zuzurechnen. Die Vorsitzende des Deutschen Anwaltvereins, Gisela Seidler, weist daraufhin, dass der Vergleich zu Belgien, Italien oder den Niederlanden gezogen werden müsse. Diese Staaten kennen das Instrument der Duldung nicht, die Folge seien Obdachlosigkeit und Leid der Geflüchteten, ansteigende Schwarzarbeit und Kriminalität würden so sehenden Auges durch den Staat in Kauf genommen. Weitere Kritik kommt von der Linken, für deren MdB Ulla Jelpke sind die Pläne eine „humanitäre Bankrotterklärung“.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-10/asylrecht-thomas-de-maiziere-duldung-fluechtlinge-identitaet> (14.10.16)
<https://www.taz.de/De-Maiziere-Plan-fuer-Fluechtlinge/!5345443/> (14.10.16)
- Nach Deutschland sind in diesem Jahr bisher 213.000 Menschen geflüchtet.
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-2016-kamen-laut-thomas-de-maiziere-213-000-asylsuchende-a-1116249.html> (12.10.16)
- Anstatt Überwachung und Sicherheitsmaßnahmen zu verstärken, wäre es auch möglich, die Informationen und Netzwerke von Geflüchteten zu nutzen. Dafür müssten Sicherheitsbehörden aber mit den Geflüchteten reden. Dies wäre „billiger und effektiver als ein Überwachungsstaat“, so die taz.
<http://www.taz.de/!5343866/> (11.10.16)
- Aus Niedersachsen sind knapp 9.000 Geflüchtete in ihre „Sicheren Herkunftsstaaten“ auf dem Balkan freiwillig zurückgekehrt. In Niedersachsen wurden 2015 etwas mehr als 1.000 Geflüchtete abgeschoben, 5.800 waren freiwillige Rückkehrer*innen.
<http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/fluechtlinge/9000-Balkan-Fluechtlinge-kehren-freiwillig-zurueck,fluechtlinge6502.html> (15.10.16)
- Die sächsische Integrationsministerin für Integration und Gleichstellung, Petra Köpping,

finanziert mit 190.000 Euro Projekte, die LGBTIQ-Geflüchtete Schutzräume und Beratung bieten. Als besonders Schutzbedürftige sehen sie sich gerade in Unterkünften, aber auch von staatlichen Stellen, Diskriminierung ausgesetzt.

<http://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Sachsen-setzt-sich-weiter-fuer-homosexuelle-Fluechtlinge-ein>
(13.10.16)

- Obwohl es der Stadtsprecher die Unsinnigkeit des Vorhabens selber zugibt, erwägt Chemnitz, von der dezentralen Unterbringung Geflüchteter abzurücken und stattdessen wieder verstärkt auf zentrale Unterbringung zu setzen – aus Sicherheitsgründen. Hintergrund ist die Nicht-Erfassung von Dschaber al-Bakr in Chemnitz durch die sächsische Polizei. Geflüchtete werden so unter Generalverdacht gestellt, die zentrale Unterbringung nimmt im Namen der Sicherheit unnötig Freiheiten, allein schon die Freiheit auf Privatsphäre. Wenn Kommunen - deren Aufgabenfeld explizit nicht Sicherheitspolitik ist - präventiv gegen rechte oder islamistische Radikalisierung ihrer Einwohner*innen wirken wollen, dann sind umfangreiche Betreuungs- und Beratungskonzepte der sinnvollere Schalthebel. Im Falle von Geflüchteten sind das unter anderem psychosoziale Betreuung, kompetente Sozialberatung, der zügige Zugang zu Deutschkursen direkt nach der Einreise und der Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe für minderjährige Geflüchtete sowie die Möglichkeit, ihre Schulpflicht wahrzunehmen.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-in-sachsen-chemnitz-ueberdenkt-nach-anti-terroreinsatz-dezentrale-unterbringung/14676662.html> (12.10.16)

Hintergrund und Meinung

- Christian Schüle analysierte bereits vor längerer Zeit im *Deutschlandradio Kultur*, dass die Linke keine Antwort auf die Krise des Kapitalismus sowie den grassierenden Nationalismus habe, dass sie intellektuell versage. Eine progressive Gegenkraft zur Emotion der Nation sei nicht erkennbar, gegen „globale Geldwirtschafts-Exzesse“ werde maximal Marx bedient obwohl sich der Kapitalismus nach wie vor mit konstanter Boshaftigkeit weigert, an sich selbst zu Grunde zu gehen. Viel mehr noch, in der Argumentation über Europa und die EU ähnele sich die Rhetorik von Linken und Nationalist*innen plötzlich. Schüle selber hält konkrete, reformerische Programme wie Frühkindförderung sowie soziale Arbeit als Gewaltprävention für mögliche Ansatzpunkte. Das ist auch recht emotionslos, linken Populismus hält er für falsch.

http://www.deutschlandradiokultur.de/globale-krisen-das-versagen-der-linken.1005.de.html?dram:article_id=366903 (27.09.16)

- Weder die USA noch die EU hätten noch Optionen, einen Frieden in Aleppo herzustellen, sie hätten die Stadt aufgegeben: Waffenlieferungen kämen nicht mehr an, Sanktionen gegen Russland seien scheinheilig, denn dann müssten diese auch gegen Saudi-Arabien wegen seines Agierens im Jemen verhängt werden, eine Flugverbotszone ist auch nicht realisierbar, denn der Abschuss eines russischen Flugzeugs wäre eine Kriegserklärung. Russland und Syrien würden die Stadt komplett unter ihre Kontrolle bringen wollen, vorher würden sie nicht aufhören.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/krieg-in-syrien-aleppo-ist-aufgegeben-14484053.html> (16.10.16)

- Brigitte Fehrle plädiert vor dem Hintergrund der Überwältigung al-Dschabers durch drei (nicht einer wie im letzten Pressespiegel geschrieben) Geflüchtete im *Deutschlandfunk* für Nüchternheit in der asylpolitischen Debatte. Nicht die Geflüchteten seien das Problem, sondern diejenigen, die in der Debatte binär entweder ein idealisiertes oder ein bedrohliches Bild von Geflüchteten konstruierten. Vor allem sei es notwendig, dass die Diskussion über das Sicherheitsrisiko namens „Freistaat Sachsen“ dieses nüchterne Verständnis nicht überschatte.

<http://www.deutschlandfunk.de/deutschland-und-der-fall-al-bakr-ein-staat-der-sich.720.de.html?>

[dram:article_id=368652](#) (15.10.16)

- Unter „Hintergrund und Meinung“ schreibe ich zu der Kontroverse zum offenen Brief des Leipziger Autonomen Zentrum „Conne Island“ über sexuelle Begriffe von tatsächlichen oder vorgeblichen Geflüchteten an Frauen. Ich bin mir nicht sicher, ob ich hier einen zumindest grundlegenden Konsens, sofern es diesen geben sollte, von Refugee Law Clinic Leipzig und Sächsischem Flüchtlingsrat wiedergeben werde. Insbesondere, da bereits das alleinige Aufnehmen der Berichterstattung der *taz* als Reproduktion einer unnötigen Debatte verstanden werden könnte. Insofern: Mailadresse steht oben.

Das Leipziger Autonome Zentrum „Conne Island“ veröffentlicht am Freitag vergangener Woche einen Brief, aus dem deutlich wird, wie schwierig es ist eine überzeugende Position zu finden wenn sich Rassismus und Sexismus in der Debatte überschneiden und Opfergruppen aufeinandertreffen. Vor allem wenn die Positionierung bei Leuten auseinandergeht, die sich eigentlich einig sind, dass die AfD nicht in den Parlamenten und Pegida nicht auf der Straße sein sollte und finden, CDU-Sachsen und CSU könnten das mit der „Leitkultur“ bitte lassen. Ob die Verfasser*innen des Briefs nach eigenem Anspruch nicht in die „rassistische Kerbe von AfD und CDU/ CSU schlagen“, bleibt offen. Zu hinterfragen ist, ob ein offener Brief tatsächlich das richtige Mittel der Wahl war, um Probleme anzusprechen. Vor allem, wenn er nur in Deutsch erscheint und die Täter von der Debatte potentiell ausgeschlossen bleiben. Zudem wurde der Vorschlag abgelehnt, Arabisch- oder Farsi-sprechende Security-Mitarbeiter*innen zu engagieren. Dies sei schließlich auch rassistisch.

Außerdem scheint Sexismus plötzlich kausal verknüpft mit dem Ankommen Fliehender. Doch ist Sexismus, gerade in Clubs, ein Phänomen, dass Frauen seit Jahren, oder auch: schon immer, bekannt ist. Gleichzeitig ist den Betreiber*innen des Conne Island zuzutrauen, dass sie einen Anstieg der Vorfälle registriert haben.

Edith Kresta hält es in der *taz* für wichtig, dass Rassismus und Sexismus nicht gegeneinander ausgespielt werden und sich auch die Linke dieser Debatte stellen müsste. Die Betreiber*innen des Conne Island hätten richtig erkannt, dass die „Deutungshoheit in dieser Debatte“ nicht Rechtspopulist*innen überlassen werden könne. Mit dieser Position wäre der Brief nicht die Reproduktion einer unnötigen Debatte sondern Anstoß einer Nötigen, Gesamtgesellschaftlichen, vielleicht gerade, weil er nicht perfekt ist, dafür aber einer der ersten Beiträge.

Der offene Brief: <http://www.taz.de/!5348017/> (12.10.16, vom Conne Island veröffentlicht am 07.10.16)

Der Kommentar von Edith Kresta: <http://www.taz.de/!5344389/> (13.10.16)

Ein Artikel von Martin Kaul, der versucht, den Entscheidungsprozess beziehungsweise die Position unter den Conne-Island-Betreiber*innen und -Besucher*innen zu rekonstruieren versucht: <http://www.taz.de/!5344474/> (12.10.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe